

Die Einflussnahme des Kremls in Ungarn Zu den Verstrickungen der ungarischen Eliten mit russischen Interessen

Dániel Hegedűs

Ungarn ist unter der Führung von Premierminister Viktor Orbán von der Fidesz-Partei zu einem der kontroversesten Mitgliedstaaten der EU geworden. Zu den Bedenken seiner europäischen Partner hat die pro-russische Haltung der politischen Schlüsselgruppen des Landes entscheidend beigetragen. Diese sukzessive Hinwendung an Russland geht bis auf den November 2010 zurück, als Orbán die erste Reise seiner zweiten Amtszeit nach Moskau machte. Seit der Ukrainekrise, während der die westliche Allianz sie besonders argwöhnisch begutachtete, hat diese Verbindung noch an Konfliktpotenzial hinzugewonnen. Investigative Journalisten und Think-Tanks haben unterschiedliche Aspekte des russischen politischen Einflusses, besonders die ideologischen Gemeinsamkeiten Moskaus und der ungarischen extremen Rechten, ausgiebig analysiert.¹ Diese Studie überprüft bisher übersehene Dimensionen der russischen Einflussnahme in der ungarischen Politik und kommt zu dem Schluss, dass die ungarische politische und Wirtschaftselite die pro-russische Haltung anführt. Hierbei mangelt es den Eliten fundamental an öffentlicher Unterstützung: Russische Maßnahmen in Form von Propaganda und „medialer Kriegsführung“ zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung haben in Ungarn eher geringen Erfolg; bei der Implementierung russischer Interessen im Land stehen die etablierten nationalen Akteure wie Fidesz und die rechtsextreme Jobbik-Partei im Zentrum.

Das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Russland und Ungarn ist von einem Ungleichgewicht gekennzeichnet und wird von Energie-Importen dominiert. Importe aus Russland betrugen 6,89 Prozent der ungarischen Gesamtimporte, wovon 90 Prozent Rohöl, Erdgas, Benzin und Schmierstoffe waren. Der Unterschied zwischen den Positionen bei Export und Import ist bemerkenswert. Russland ist Ungarns dritt wichtigster Handelspartner bei Importen, aber an 13. Stelle bei seinen Exporten, die nur 2,49 Prozent der ungarischen Gesamtexporte betragen.² Im Gegensatz dazu liegen auf den ersten neun Plätzen der Exportbilanz

nur EU-Länder, mit Deutschland an der Spitze, das allein ein Viertel aller ungarischen Exporte aufnimmt.

Seine 2011 ausgerufene „Öffnung nach Osten“ verbindet Budapest mit der Erschließung neuer Exportmärkte. Zu diesem Zweck soll die wirtschaftliche Kooperation mit Ländern wie China, Russland, der Türkei, Saudi-Arabien und Aserbaidschan vorangetrieben werden.³ Obwohl intensive und hochrangige diplomatische Bemühungen diese Strategie begleiten, hielt sich der wirtschaftliche

Erfolg im Rahmen, insbesondere in der Kooperation mit Russland. Nach einer anfänglichen Wachstumsphase im Jahr 2010 sanken die ungarischen Exporte nach Russland bereits Anfang 2011, noch vor Beginn der Ukrainekrise und den darauffolgenden EU-Sanktionen gegen Moskau. Dieser negative Trend setzte sich 2014 durch die wechselseitigen Sanktionen fort, sodass die Exporte nach Russland im Endeffekt um 18 Prozent zurückgingen.⁴

Diese eher mäßigen Handelszahlen erfassen nicht die eigentliche Tiefe der ungarischen Energieabhängigkeit. Etwa 89 Prozent des in Ungarn verbrauchten Rohöls und 57 Prozent des Erdgases stammen aus Russland.⁵ Zahlen zu Gasimporten aus Russland variieren je nach Quelle zwischen 70 und 75 Prozent. Es ist schwierig, eine exakte Zahl zu bestimmen, da zu viele Zwischenhändler im Spiel sind. Sicher ist jedoch, dass die Erdgaslieferungen von der Erdgas-Drehscheibe Baumgarten (heute: Central European Gas Hub AG) und aus der Hungaria-Austria-Gasleitung (HAG-Pipeline) in der Regel und unabhängig vom Weiterverkäufer russischer Herkunft sind.

Die ungarische Regierung betonte wiederholt ihre Unterstützung der South Stream-Pipeline und wurde vom einseitigen Baustopp durch Russland entsprechend hart getroffen.⁶ Dennoch kann man klar sagen, dass die ungarische Gesamtstrategie hinsichtlich seiner Gasversorgung – im Gegensatz zu anderen Punkten seiner Energiepolitik – nicht russischen Interessen dient. Da jeder Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine die Druschba-Pipeline (Erdöl- und Erdgasleitung Freundschaft) betrifft, ist es Ungarns Hauptziel, mit Beteiligung an sämtlichen regionalen Projekten seine Bezugsquellen und Routen zu diversifizieren.

Obwohl die zweite Regierung Orbán (seit 2010) die South Stream-Lösung der Nabucco-Pipeline vorzog, beteiligte sich Ungarn an beiden Projekten. Nach der Einstellung von South Stream verfolgte Budapest weiterhin dieselbe Doppelstrategie. Während Ungarn versuchte, gleichgesinnte Länder zu einer Umsetzung der Tesla-Erdgas-Pipeline zu bewegen,⁷ verhandelte es gleichzeitig über das zunächst ohne ungarische Einbeziehung geplante Konkurrenzprojekt Eastring.⁸

Anlässlich des Besuchs von Wladimir Putin im Februar 2015 wurde darüber spekuliert, ob der Kreml Ungarn durch Gaspreisregulierungen dahingehend manipulieren könnte, die EU-Sanktionen zu behindern. Trotz aller Befürchtungen geschah nichts dergleichen. Zu dieser Zeit erschien die Möglichkeit sehr real, dass Gazprom und Budapest einen neuen langfristigen Gaslieferungsvertrag aushandeln könnten. Stattdessen wurde der bestehende Vertrag verlängert, der Ungarn einen flexiblen Zugriff auf (aus der früheren Vertragsperiode noch nicht abgerufene) 22 Milliarden Kubikmeter Erdgas zusicherte.

Man könnte diesen Deal und die Garantie auf eine recht faire Gasversorgung für Ungarn als eine Belohnung für auf europäischer Bühne für Moskau geleistete Dienste interpretieren. Der Preis eines ungarischen Vetos gegen die EU-Sanktionen gegen Russland beim EU-Ratstreffen im März 2015 wäre zu hoch gewesen und hätte Ungarn stark isoliert. Doch allein die Möglichkeit eines solchen Schrittes verbreitete effektiv Verunsicherung: Es wurde gezeigt, dass es innerhalb der EU starke nationale Einwände gegen die EU-Sanktionen gab. Diese Unsicherheit war bereits ein großer Gefallen für Moskau, das damit zum ersten Mal seit Ausbruch der Ukrainekrise seine diplomatische Präsenz und hohe politische Akzeptanz in einem EU-Mitgliedsland demonstrieren konnte.

Putins Besuch war nicht die einzige Gelegenheit, bei der Ungarn beschuldigt wurde, zugunsten Moskaus zu agieren. Schon im Mai 2014 forderte Premierminister Orbán in der Antrittsrede nach seiner Wiederwahl die territoriale Autonomie für Transkarpathien, eine Region im Westen der Ukraine, die schon lange eine beträchtliche ungarische Minderheit beheimatet.⁹ Der Zeitpunkt der Forderung, die mit der Eskalation der Ukrainekrise zusammenfiel, schwächte sowohl die Stabilität der Ukraine als auch die westliche Position an sich.¹⁰ Orbáns Rede führte zu einem Stillstand der Beziehungen zwischen Polen und Ungarn, der seinen Höhepunkt im März 2015 erreichte, und damit auch zu einer Marginalisierung der Visegrád-Gruppe. Außerdem isolierte sich Ungarn diplomatisch von seinen unmittelbaren Nachbarn.

Trotz dieser wachsenden Isolation konnte die Orbán-Regierung – unter Anwendung der Methode „zwei Schritte vorwärts, einen zurück“ – eine größere Konfrontation mit der EU und den NATO-Verbündeten verhindern.¹¹ Schlussendlich stimmte Ungarn auf dem NATO-Gipfel in Cardiff im September 2014 den EU-Sanktionen gegen Russland und den NATO-Festlegungen zu – setzte jedoch den Rückfluss der Erdgasversorgung für die Ukraine zwischen dem 25. September und dem 10. Januar 2015 aus.¹²

Darüber hinaus äußerte sich Viktor Orbán bei mehreren Gelegenheiten zugunsten Russlands, mitunter in seiner kontroversen Rede in Baile Tusnad im Juli 2014, in der er bekannte, dass seine Regierung anstrebe, einen „il-liberalen Staat“ zu bauen, wie es unter anderem Russland erfolgreich vorgemacht hätte. Anderorts hinterfragte er wiederholt den Sinn der EU-Sanktionen.¹³

Gegensätze: Regierungsrhetorik und die öffentliche Meinung

Die meiste Zeit tariert die ungarische Regierung ihre Verpflichtungen gegenüber den westlichen Bündnissen

mit einer pragmatischen Politik gegenüber Russland aus. Orbáns pro-russische Rhetorik hat ihre Wurzeln im „nationalen Freiheitskampf gegen Bevormundung durch die EU“. Orbán hat seine Bewunderung für Putin nie verhehlt und sieht in ihm einen starken nationalen Führer, der gegen „korrupte“ liberale Regeln vorgeht und für „traditionelle“ soziale Werte einsteht.

Orbán breitete in seiner Rede in Baile Tusnad das Wertesystem aus, das er mit der russischen Elite teilt. Dabei beschrieb er – wie er es nennt – die Krise der „liberalen Demokratien“ und stellte den „illiberalen Staat“ als die neue Form politischer Organisation heraus, die diese Krise beenden könne. Er sprach bewundernd von „Systemen, die nicht westlich, nicht liberal, keine liberalen Demokratien sind, vielleicht nicht einmal Demokratien, und dennoch erfolgreiche Nationen“, und erwähnte gezielt Singapur, China, Indien, die Türkei und eben Russland. Er sagte weiter: „Wir suchen (und dabei tun wir unser Bestes, uns von westeuropäischen Dogmen [zu trennen und uns] unabhängig zu machen) eine Organisationsform für unsere Gesellschaft, die uns im großen weltweiten Wettrennen wettbewerbsfähig macht.“¹⁴

Die Rhetorik des Premierministers variiert, angepasst an die jeweilige politische Situation; in ihrer grundlegenden Logik unterscheidet sie sich jedoch nicht von der Rhetorik der rechtslastigen, euroskeptischen und populistischen Parteien in der EU wie dem Front National oder der rechtsextremen ungarischen Jobbik. Sowohl Orbán als auch die Führer der genannten Parteien betonen kontinuierlich die Schwäche der EU, der sie besonders ihre liberalen Werte ankreiden.

Der innenpolitische Diskurs über die pro-russische Haltung der Regierung entstand nicht als Antwort auf eine Nachfrage in der Bevölkerung, die kaum für pro-russische Gefühle zu gewinnen ist; und somit lässt sich auch keine Popularität mit ihm gewinnen. Trotz einer generell eher freundlichen Haltung der politischen Linken gegenüber Russland zwischen 1990 und 2010 herrschen bis heute in der ungarischen Gesellschaft starke Vorbehalte gegen Russland. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahrhunderte haben Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlassen. Dazu zählen Russlands Hilfe bei der Unterdrückung der Revolution von 1848, Ungarns Unbehagen gegenüber der pan-slawischen Bewegung des 19. Jahrhunderts, 46 Jahre militärischer Präsenz Russlands in Ungarn (1945-1991), die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands 1956 durch die Sowjetunion und damit einhergehend die Aufrechterhaltung des kommunistischen ungarischen Regimes in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Meinungsumfragen zeigen eine anhaltende Reserviertheit gegenüber dem „großen Nachbarn“, der in der

Vergangenheit Militär auf ungarischem Boden stationiert hatte. Obwohl die Parteien Fidesz und Jobbik selbst pro-russisch und euroskeptisch agieren, sehen sogar die meisten ihrer Wähler die nationalen Interessen in den westlichen politischen und sicherheitspolitischen Bündnissen (EU und NATO) und in einer Allianz mit den USA besser aufgehoben. Einer Umfrage vom Januar 2015 zufolge sprechen sich die überwältigende Mehrheit der unentschiedenen und der Wähler der demokratischen Opposition sowie eine relative Mehrheit der Fidesz- und Jobbik-Anhänger für eine Stärkung der Allianz mit den USA statt mit Russland aus.¹⁵

**Mit welchem Land soll Ungarn Ihrer Meinung nach bessere Beziehungen unterhalten?
(in Prozent, nach Parteipräferenz)**

| | Mit den USA | Mit Russland | Weiß nicht/unentschieden |
|----------------------------------|-------------|--------------|--------------------------|
| Fidesz | 40 % | 39 % | 21 % |
| Jobbik | 48 % | 27 % | 25 % |
| Demo-kratische Opposition | 72 % | 18 % | 10 % |
| Unentschlossene Wähler | 54 % | 16 % | 30 % |

Es bleibt daher die Frage, wieso sich Jobbik und Fidesz – früher selbst die größten Gegner der Kommunisten – seit 2010 einem pro-russischen Weg verschrieben haben. Das linke politische Spektrum hat sich immer – auch in Gegenposition zur Regierung Orbán – klar für eine pro-europäische und transatlantische Ausrichtung ausgesprochen.

Was an russlandfreundlichen Gefühlen unter Fidesz-Anhängern existiert (ungefähr 39 Prozent bekunden dies nach der obigen Tabelle), ist mit großer Wahrscheinlichkeit den von der Partei kontrollierten öffentlichen und privaten Medienkanälen geschuldet. Bei Jobbik hingegen unterstützen nur 29 Prozent ihrer Wähler in dieser Frage die Parteilinie. Dieser Mangel an deutlicher Befürwortung legt nahe, dass andere Faktoren – im Besonderen die frühere Finanzierungshilfe aus Russland – die Parteiführung zu diesem Festhalten an einem pro-russischen Kurs bewegt. Doch es lässt sich ein Muster identifizieren, wie die ungarischen Eliten trotz mangelnder Zustimmung der Bevölkerung an einer pro-russischen Linie festhalten.

Die Verbindungen der Fidesz-Partei nach Russland

Natürlich muss Ungarn ein gewisses Maß an praktischer Kooperation mit Russland unterhalten. Eine stabile und nachhaltige Erdgasversorgung zu einem angemessenen Preis und die Entwicklung neuer Märkte in Russland für ungarische Exporte sind ein Kerninteresse jeder ungarischen Regierung. Daher ist es auch schwierig, klar zwischen legitimen nationalen Interessen einerseits und andererseits Verhalten zu differenzieren, das verdächtig nach russischer Einflussnahme oder sogar Korruption aussieht. Es wäre methodisch inakzeptabel, alle Schritte Ungarns in Richtung Russland als reine Vertretung russischer Interessen abzutun. Dennoch kann man sich als neutraler Beobachter dieses Verdachts nicht erwehren, wenn weder Analysen noch die Regierungskommunikation erklären können, inwieweit bestimmte Schritte dem nationalem Interesse dienen und EU- und NATO-konform erfolgen.

Im Besonderen illustrieren dies drei Geschäftsbeispiele: der Paks-Kernkraftanlagendeal, das MET-Gasversorgungsprojekt und die Modernisierung der U-Bahn-Wagen der Linie 3 in Budapest. Alle drei Fälle weisen auf politische Korruption auf höchster Ebene in Verbindung mit Russland zu Lasten des ungarischen Staatshaushalts hin. Sie bieten nicht nur Privatpersonen, die mit Fidesz verbunden sind, Möglichkeiten zu enormer Bereicherung, sondern erhöhen auch Ungarns Abhängigkeit von Russland.

Die Kernkraftanlage Paks

Ungarn bestellte die Paks-Kernkraftanlage mit vier 500 MW VVER-440/V213-Blöcken zwischen 1982 und 1987. Die Anlage deckt momentan 53,6 Prozent der ungarischen Bruttostromerzeugung ab.¹⁶ 2005 beschloss das ungarische Parlament, den Betrieb der Anlage zu verlängern. Die vier alten Blöcke sollen zwischen 2012 und 2017 überholt und erst zwischen 2032 und 2037 stillgelegt werden. Ungarns langfristige Energiestrategie zielt auf einen Mix aus Atomenergie, erneuerbaren Energien und Kohle bis zum Jahr 2030 ab. Dieses Szenario sieht die Paks-Kernkraftanlage als einen Basisversorger vor. 2009 stimmte das Parlament mit überwältigender Mehrheit für die Vorbereitung einer weiteren Betriebsverlängerung.¹⁷

Vor diesem Hintergrund unterzeichnete die zweite Regierung Orbán im Januar 2014 eine Vereinbarung mit Rosatom, dem staatlichen russischen Unternehmen für Atomenergie, zur Produktion zweier VVER-1200-Reaktorenblöcke mit einer Leistungsstärke von 1 200 Megawatt. Dieser Schritt kam überraschend – denn anstatt das Thema mit einem für eine öffentliche Diskussion ausreichenden Zeitfenster auf die Tagesordnung zu setzen,

entschied die Regierung im Stillen und unterzeichnete die Vereinbarung. Abgesehen von der politischen Debatte um die Zukunft von Atomenergie war es diese mangelnde Informationspolitik, welche die Kontroverse um die Investition anfachte. Wichtige technische Details, Preispläne und Wirtschaftlichkeitsberechnungen waren nicht zugänglich, alle wichtigen Vertragspunkte standen unter Verschluss. Der internationalen Vereinbarung, die im Parlament ratifiziert wurde, kann man entnehmen, dass eine russische Staatsanleihe über zehn Milliarden Euro mit einer Laufzeit von 30 Jahren 80 Prozent der Investition finanzieren soll.¹⁸

Wenn gleich das Abkommen mit Rosatom nicht zwangsläufig nachteilig für Ungarn sein muss, kann man es kaum günstig nennen: Das Vertragswerk weist keine genauen Richtlinien zur Umsetzung des Investitionsvorhabens auf und setzt keine Frist für die Inbetriebnahme der Anlage. Es enthält keine Schätzung der ungefähren endgültigen Kosten, aber einen detailliert ausgearbeiteten Rückzahlungsplan. Die Zahlungen beginnen 2025, ohne Aufschubmöglichkeiten, selbst wenn die Bauvorhaben nicht fertiggestellt und die neuen Reaktorblöcke nicht betriebsfähig sein sollten. Zusätzlich entsteht kommenden Regierungen eine hohe finanzielle Belastung, da die Kreditraten im Laufe der Vertragszeit festgelegt ansteigen werden (von 3,95 Prozent im Jahr 2025 auf bis zu 4,95 Prozent in der letzten Rückzahlungsphase). Zusammengefasst bedeutet der Deal sowohl eine enorme finanzielle Belastung für Ungarn als auch eine Verlängerung der kompletten Abhängigkeit von russischer Atomtechnik um 50 Jahre – bis zur Stilllegung der neuen Blöcke im Jahr 2080.

Die größte Frage bezüglich der Tragfähigkeit des ganzen Vorhabens bleiben seine Refinanzierung und Profitabilität. Verschiedene Think-Tanks und NGOs aus dem Energiesektor haben die Kapitalrendite in Zweifel gezogen, gemessen an den geschätzten endgültigen Kosten, den langfristigen Preisvorhersagen auf dem europäischen Strommarkt und an möglichen zukünftigen Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien. Das Risiko hingegen trägt allein der ungarische Steuerzahler.¹⁹ Trotz der weitreichenden Kritik lieferte die Regierung keine glaubwürdigen Berechnungen oder Auswirkungsstudien, um ihre Entscheidung zu untermauern, geschweige denn einen Nachweis der finanziellen Nachhaltigkeit des Vorhabens. Ganz im Gegenteil verweigerte die Regierung jede faktenbasierte Diskussion und hielt sogar verstärkt relevante Information zurück. Und das, obwohl einigen Schätzungen zufolge das Korruptionsrisiko – in erster Linie durch überteuerte Abrechnungen verursacht – bei 13 bis 16 Prozent der Gesamtinvestition liegen könnte.²⁰ Vor diesem Hintergrund ist die Frage berechtigt, ob das Geschäft wirklich dem ungarischen Staatsinteresse dient,

gerade wenn man bedenkt, wie stark die Abhängigkeit von Russland wächst, ohne gleichzeitig eine gesicherte und finanziell nachhaltige Energieversorgung zu gewährleisten.

Im März 2015 kritisierte die Europäische Kommission unter Berufung auf die Europäischen Wettbewerbsregeln Rosatoms Monopol bei der Lieferung von Kernbrennstoffzellen.²¹ Nach einiger Bedenkzeit gab die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) im April 2015 die ursprüngliche technische Konstruktion und Brennstoffversorgung frei.²² Trotzdem ist das Vorhaben in seiner jetzigen Form immer noch weit davon entfernt, mit Europäischem Recht kompatibel zu sein, ungeachtet aller rechtlichen Manöver und Euratoms Zustimmung. Die Europäische Kommission signalisierte, die Kompatibilität mit dem Europäischen Wettbewerbsrecht und den Regeln für Staatssubventionen weiter zu untersuchen.²³ Im November 2015 entschied die Kommission, dass der Paks-Vertrag gegen EU-Regeln für öffentliche Vergabeverfahren verstößt, und initiierte ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn.²⁴ Unberührt davon beharrte Premierminister Orbán am nächsten Tag in einem Radiointerview darauf, das Vorhaben werde ganz nach den schon festgelegten Plänen umgesetzt.²⁵

Der Baubeginn am Kraftwerk wurde bereits auf 2018 verschoben und das gesamte Projekt ist von großer Unsicherheit gekennzeichnet. Die rechtlichen und finanziellen Risiken hätten vermieden werden können, wenn das öffentliche Vergabeverfahren transparenter gewesen wäre. Stattdessen liess die ungarische Regierung eine undurchsichtige Vergabe mit hohem Korruptionsrisiko zu, die dazu beitrug, die russische Einflussnahme in Ungarn zu stärken.

Das MET-Gashandelssystem

MET ist ein Offshore-Energieunternehmen mit Sitz in der Schweiz. Es erlangte in den letzten Jahren Bekanntheit wegen seines umstrittenen internationalen Erdgashandelssystems, das den Verdacht staatlicher Korruption hervorrief. Das ungarische Energieunternehmen MOL hält 40 Prozent an MET, der Rest verteilt sich auf vier Privatpersonen: Benjámin Lakatos (24,67 Prozent), György Nagy (12,665 Prozent), István Garancsi (10 Prozent) und der russische Geschäftsmann Ilya Trubnikov (12,665 Prozent).²⁶ Insbesondere Garancsi ist persönlich stark mit Orbán verbunden und dient ihm seit 2011 als Sondergesandter. Schweizer und ungarische Medien behaupten, dass Orbáns häufige Besuche in Zürich in Verbindung mit Aktivitäten des Energieunternehmens stehen. Der ungarische Botschafter in der Schweiz, István Nagy, wurde wiederholt beschuldigt, unter dem Deckmantel seines Amtes als Lobbyist für MET aufzutreten.²⁷

Das Geschäftsmodell der Jahre 2011 bis Juni 2015 kann wie folgt beschrieben werden.²⁸ 2011 erhielt das staatliche ungarische Energieunternehmen (MVM) für sein kleines Subunternehmen MVMP das nahezu exklusive Recht auf den Gasimport über die Hungaria-Austria-Gasleitung (HAG-Pipeline) aus den Spotmärkten nach Ungarn. Eine Ministerialverordnung mit der Zielvorgabe, die strategischen ungarischen Erdgasreserven aufzufüllen, garantierte dieses De-facto-Monopol. Diese Verordnung ermöglichte, MVM/MVMP die Rechte an der Pipelinenuutzung ohne öffentliche Ausschreibung und mit einer jährlichen Verlängerungsgarantie zuzusprechen. Anstatt nun aus dieser Position heraus selbst Kapital zu schlagen, unterzeichnete MVM/MVMP einen Vertrag mit zwei MET-Tochtergesellschaften und fungierte nur als Gastransporteur für diese Privatunternehmen. MET kaufte das billige Erdgas auf dem europäischen Spotmarkt, verkaufte es an der österreichisch-ungarischen Grenze an MVMP und kaufte es auf der ungarischen Seite mit einem geringen Aufschlag von gerade einmal 2,5 Forint (circa 8 Eurocent) pro Kubikmeter für Transportkosten (über die HAG-Pipeline) von der MVMP zurück. 2012 war dieses importierte Gas 10 Eurocent pro Kubikmeter günstiger als das von Gazprom importierte aus dem langfristigen Festvertrag, konnte aber zum selben Verkaufspreis (wie der von Gazprom) in Ungarn vertrieben werden.

Kurz gesagt: die ungarische Regierung gab praktisch ihr Monopol auf den Zugang zur ungarisch-österreichischen Gaspipeline auf – zugunsten eines Privatunternehmens. Allein im Jahr 2012 verursachte dieses Arrangement einen Verlust von einer halben Milliarde Forint (ca. 1,6 Millionen Euro) für die Gashandelsabteilung von MVMP, während MET 55 Milliarden Forint (ca. 177,4 Millionen Euro) an seine Aktionäre ausschütten konnte. Zwischen 2011 und 2015 brachte MET nach diesem Plan 19,6 Milliarden Kubikmeter Erdgas auf den ungarischen Markt und etablierte sich als viertgrößter Wettbewerber im ungarischen Energiesektor, mit einem beachtlichen Vermögenswachstum. MVM hingegen, früher ein wichtiger Einzahler in den ungarischen Staatshaushalt, generiert seither kontinuierlich Verluste und wird heute vom Staat subventioniert. Auch wenn MET nicht allein am finanziellen Niedergang von MVM Schuld ist, hat es unzweifelhaft zu dessen roten Zahlen beigetragen. Die Einnahmen, die nun an MET und die mit ihm verbundenen Oligarchen gehen, hätten MVM und dem ungarischen Staatshaushalt zugutekommen können.

Welche Rolle kommt Russland in der MET-Saga zu? Das Geschäftsmodell wäre nie ohne Gazproms Zustimmung und dem unausgesprochenen Einverständnis des Kremls zustandegekommen, vor allem da das Erdgas

im österreichischen Baumgarten zumeist russischen Ursprungs ist und Gazprom Wiederverkäufe auf dem Spotmarkt kontrolliert. Aus einer externen Sicht sieht die MET-Konstruktion wie ein Korruptionssystem aus, mit dem der Kreml dank garantiert günstigem Gas die Kooperationsbereitschaft einer nationalen Regierung gewinnt. Wer davon nicht profitiert, sind die ungarischen Endkunden und die Staatskasse.

Die ungarischen Steuerzahler tragen nicht nur dazu bei, den Reichtum der ungarischen Oligarchen zu mehren, sondern auch den eines Russen: MET-Miteigentümer Ilya Trubnikov. Trubnikovs Beteiligung von 12,665 Prozent dient in erster Linie der Geschäftskontrolle, ermöglicht ihm aber Einkommensgewinne, die durch seine auf den Virgin Islands registrierte Offshore-Firma Small Valley Investments nach Russland fließen.

Mehr noch, Moskau hat durch MET enorme politische Einflussmöglichkeiten auf die Orbán-Regierung und wird diese auch weiterhin haben. Nach der Einführung des Geschäftsmodells hätte der Kreml Budapest damit drohen können, die Lieferung von günstigem Gas auszusetzen. Eine zweite, weitaus ernstere Auswirkung sollte auch in Betracht gezogen werden – mögliche Erpressungsversuche. Jede zukünftige Regierung mit Orbáns Beteiligung ist durch Whistleblowing gefährdet. Käme es zu einer Veröffentlichung von belastbaren Beweisen, die staatliche Korruption und Beteiligungen belegen, würde ein Skandal dieser Größenordnung die Glaubwürdigkeit jeder ungarischen Regierung und jedes kommenden Premierministers erschüttern. Auch wenn die MET-Regelung im Juni 2015 ausgesetzt wurde, kann sie immer noch politische Auswirkungen nach sich ziehen.

Die Modernisierung der Budapester U-Bahnlinie M3

Die öffentliche Ausschreibung zur Modernisierung der Wagen der Budapester U-Bahnlinie 3 bietet ein weiteres Beispiel hochrangiger Korruption in Verbindung mit Russland. Im Juli 2015 entschieden die Budapester Verkehrsbetriebe, den estnischen Mitbieter Skinest Rail auszuschließen. Übrig blieb als einziger Bieter die russische Metrovagonmash, die dann auch bald den Auftrag über 69 Milliarden Forint (ca. 225 Millionen Euro) zugeschlagen bekam.²⁹ Die ungarische Öffentlichkeit und NGOs kritisierten die Entscheidung heftig, da die estnische Firma ein technisch fortgeschrittenes Modernisierungspaket zu einem niedrigeren Preis (60 Milliarden Forint, umgerechnet circa 193,5 Millionen Euro) angeboten hatte, darüber hinaus eine längere Wartungsgarantie (30 Jahre statt 25 der Metrovagonmash).

Unabhängige Fachleute erachteten die Gründe für Skinest Rails Ausschluss als technologisch irrelevant. Obwohl die estnische Firma Rechtshilfe bei der Europäischen Kommission ersuchte, war die Grundlage für eine solche Unterstützung gering, da das Ausschreibungsverfahren keine EU-Finanzierung beinhaltete. Es ist zudem fraglich, ob die Kommission bereit wäre, andere Projekte als Druckmittel gegen die ungarische Regierung einzusetzen.³⁰

Die Kontroverse um die Ausschreibung reflektiert die Sorge, dass Geschäfte mit Russland die ungarische Politik korrumptieren, da sie die Verwobenheit zwischen den zwei Regierungen und den an ihnen beteiligten Oligarchen verstärken. Nach Putins Staatsbesuch konnte man daher zwischen März und Juni 2015 einen Versuch ausgleichenden Verhaltens beobachten, eine leichte Abgrenzung Budapests von Moskau. Die Regierung Orbán betonte, dass sich die Außenpolitik des Landes in völliger Übereinstimmung mit ihren EU- und NATO-Verpflichtungen bewege. Auf rhetorischer Ebene unterwarf man sich scheinbar sogar einer deutschen Führung in Europa.³¹

Diese rhetorische Verhaltensänderung war eine Reaktion auf die harsche Kritik vonseiten wichtiger westlicher Partner. Sie ging aber auch mit der Erkenntnis der ungarischen Führung einher, dass Russland seine ökonomischen Versprechen nicht würde halten können. Dies bestätigte sich in der strikten Aufrechterhaltung der russischen Sanktionen gegen den Import von EU-Agrarprodukten auch gegenüber Ungarn, trotz vorheriger gegenteiliger Beteuerungen aus Moskau.³² Die Auftragsvergabe der U-Bahn-Modernisierung an Metrovagonmash zeigt jedoch, dass sich eine in beiden Ländern staatlich angesiedelte Korruption auch dann fortführen lässt, wenn die Politik auf der höchsten Ebene nicht problemlos läuft oder versucht wird, die ungarisch-russische Partnerschaft symbolisch zu relativieren.

Jedes dieser Beispiele intransparenter Geschäftsprojekte illustriert die Verknüpfungen von Fidesz zu verschiedenen maßgeblichen politischen und wirtschaftlichen Akteuren der russischen Politik. Alle diese Projekte sind hochgradig korruptionsgefährdet. Orbáns ideologische Nähe zu Putins Russland, belegt in seiner „Illiberalismus-Rede“ in Baile Tusnad, ist bei diesen Geschäften dennoch nicht der entscheidende Faktor; ideologische Rigidität prägt die offiziellen ungarischen Positionen weniger als situative Anpassung.

Andere Interessen sind eindeutiger gelagert: Die politisch organisierten ungarischen Oligarchen verbuchen mit diesen Geschäften enorme Gewinne, während sie gleichzeitig Moskau als leichtzugängliches Werkzeug zur Einflussnahme dienen. Angesichts dieser Korruptionsnetzwerke wird schnell klar, wie schwer es für Fidesz

werden wird, sich ohne großen politischen Schaden aus dieser russischen Umklammerung zu befreien.

Ungarn ist für Moskau nur als EU- und NATO-Mitglied von größerem Nutzen, denn nur so lassen sich die politische Agenda und Entscheidungsprozesse dieser Organisationen beeinflussen. Abgesehen von einem Worst-Case-Szenario würde Russland nicht von Ungarn verlangen, seine westliche Anbindung zu gefährden, und selbst eine Fidesz-Regierung würde keinen solchen Schritt ausführen. Russische Interessenvertretung ist subtiler. Indes macht die Moskau-Budapest-Verbindung die ungarische Politik – aus westlicher Perspektive ohnehin schon hoch unzuverlässig – noch unberechenbarer. Die Aufrechterhaltung der russisch-ungarischen Netzwerke mag kostenaufwendig sein, doch sie unterminieren die europäische Einheit und Handlungsfähigkeit der EU.³³ Es ist nicht zu unterschätzen, dass Russland einen noch nie dagewesenen Zugang zur politischen Entscheidungsebene eines EU-Mitglieds hat. Diese hochrangigen Kontakte sind von einer anderen Qualität als die zu den euroskeptischen rechtsextremen Parteien, die Russland zusätzlich unterhält.

Jobbiks russische Verbindungen

Auf den ersten Blick scheint Fidesz einige russophile Züge mit der rechtsextremen Jobbik zu teilen, doch bei letzterer ist die russische Einflussnahme fundamental anders gelagert. Die zwei entscheidenden Faktoren lauten ideologische Nähe und Infiltrierung durch den russischen Geheimdienst. Obwohl der Verdacht herrscht, dass es auch für Jobbik finanzielle Zuwendungen aus Russland gab, lassen sie sich nicht mit der Größenordnung der ökonomischen und finanziellen Verstrickungen von Fidesz vergleichen.³⁴

Jobbik gilt als eine der radikalsten Anti-EU-Parteien, erstaunlicherweise sind aber etwa 35 Prozent ihrer Wähler gegen einen Austritt Ungarns aus der EU und eine relative Mehrheit unterstützt die Westanbindung des Landes.³⁵ Die EU-kritische Position der Partei wurde im Laufe der Jahre etwas aufgeweicht, zum Teil erklärbar aus der Haltung der Wählerschaft, zum Teil aus der Parteistrategie, mehr ins Zentrum der Gesellschaft zu rücken und so wählbarer zu werden. Es ist wichtig, diese Entwicklung im Kontrast zur Hinwendung der Partei gen Russland zu sehen. Auch wenn die Zustimmung für eine allgemeine Westanbindung (im Besonderen für eine stärkere Allianz mit den USA) in der eigenen Wählerschaft höher liegt als die für die EU-Mitgliedschaft, hat sich Jobbiks politische Linie gerade gegenüber der EU in den letzten Jahren hin zu einem moderateren Ton geändert. Doch parallel dazu hat die Partei in ihren außenpolitischen Positionen mehr und mehr in Richtung Russland tendiert. Dies entspricht

weder Jobbiks neuer Mainstream-Orientierung noch den Sympathien der Wählerschaft gegenüber den USA.³⁶ Die wahre Motivation dieser Orientierung muss also anderswo gesucht werden.

Jobbik wurde 2003 als rechtsextreme „national-radikale“ Partei gegründet, dezidiert antikommunistisch und auf junge Wähler abzielend. Bis 2009 erhielt die Partei keine öffentlichen Mittel. Zum ersten Mal erfolgreich war sie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 und im folgenden Jahr bei den ungarischen Parlamentswahlen. Heute ist Jobbik zur zweitgrößten Partei Ungarns herangewachsen, sowohl im Parlament als auch in Umfragen. Bis 2008 konzentrierte sich die Parteiführung darauf, ihre Struktur aufzubauen und populistische Themen wie die Roma-Frage zu bedienen. Aus Parteidokumenten geht nicht hervor, wann genau der Schwenk zu Russland erfolgte. Folgt man der Webseite Kuruc.info – dem inoffiziellen Online-Parteiblatt –, geschah dies um den Jahreswechsel 2007. Noch 2007 zeigten diese Texte eine klare anti-russische Haltung und verurteilten Russland im Konflikt mit Estland, während 2008 beim Krieg zwischen Georgien und Russland auf einmal eine eindeutig pro-russische Linie dominierte.³⁷ Dieser Wechsel fiel mit der Erscheinung einer bestimmten Person in der Partei zusammen: Béla Kovács.

Kovács (geb. 1960) trat Jobbik 2005 bei und gründete im selben Jahr das außenpolitische Komitee, dessen Vorsitz er bis heute hält. Er graduierte 1986 am Staatlichen Moskauer Institut für Internationale Beziehungen MGIMO und lebte zwischen 1998 und 2003 in Russland. Kovács geriet 2009 in den Fokus der ungarischen, polnischen und französischen Geheimdienste, als er die Allianz der europäischen nationalen Bewegungen (AENM) aufbaute und versuchte, eine unabhängige politische Vereinigung rechtsradikaler Parteien im Europäischen Parlament aufzustellen.³⁸ Bei der europäischen Parlamentswahl belegte er Listenplatz Nr. 7 auf der Jobbik-Wahlliste und arbeitete später als parlamentarischer Assistent für die gewählten Parlamentsmitglieder. Als Zoltán Balczó 2010 vom Europäischen ins ungarische Parlament wechselte, wurde Kovács selbst Abgeordneter.

Während des Europawahlkampfs 2014 wurde Kovács offiziell der Spionage für die Russische Föderation beschuldigt, sodass der ungarische Generalstaatsanwalt bei Parlamentspräsident Martin Schulz die Aufhebung der parlamentarischen Immunität Kovács' ersuchte.³⁹ Der Zeitpunkt der Vorwürfe lässt keine Zweifel an der politischen Motivation der ungarischen Exekutivvertreter aufkommen. Bevor das Thema publik wurde, gab es in Fidesz und Jobbik viele Gerüchte, dass die regierende Partei mit einer strafrechtlichen Verfolgung Kovács' dem

Europawahlkampf der nationalradikalen Kräfte schaden wolle.⁴⁰ Ihm wurde vorgeworfen, im Rahmen seiner politischen Aktivitäten in Europa und Ungarn aktiv für russische Interessen agitiert zu haben. Verschiedene Aspekte seiner Vita machen dies plausibel, besonders der Verdacht, seine Frau Swetlana Istoshina sei eine KGB-Agentin gewesen, die gleichzeitig mit zwei weiteren Männern verheiratet war. (Istoshina heiratete 1970 einen japanischen Kernphysiker und – nach ihrer Eheschließung mit Kovács 1986 – noch einen österreichischen Staatsbürger und Berufsverbrecher.) Man vermutet, dass sie die durch Ehe erworbenen Staatsbürgerschaften nutzte, um leichter als KGB-Kurier in den Westen reisen zu können.⁴¹

Aller Wahrscheinlichkeit nach scheiterten die Bemühungen des ungarischen Geheimdienstes, den Fall entweder zu schließen oder bis zur Anklage zu bringen, an direkten Anweisungen von Regierungsebene.⁴² Obwohl Kovács nachweislich in geheimen Meetings regelmäßig russische „Diplomaten“ traf, nutzte der Geheimdienst dieses Material nicht in seiner Ermittlung. Nach eineinhalb Jahren Bedenkzeit hob das Europäische Parlament die Immunität von Kovács im Oktober 2015 auf.⁴³

Um die ungarische Reaktion ins rechte Licht zu setzen: Kein russischer Diplomat wurde ins ungarische Außenministerium zitiert oder des Landes verwiesen – die üblichen Verfahrensweisen in vergleichbaren Fällen. Die Fidesz-geführte Regierung konnte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einerseits schwächte der Vorfall Jobbik im Wahlkampf, andererseits belastete der Fall nicht die wachsenden Beziehungen zu Moskau.⁴⁴ Die versprochene interne Untersuchung innerhalb der Jobbik-Partei steht bis heute aus.⁴⁵ Auch wenn Kovács sich aus der Öffentlichkeit zurückzog, war es ihm möglich, sämtliche Ämter zu behalten und in der Partei nicht in Ungnade zu fallen. Jobbik verkaufte den Skandal als politisch motivierte Attacke verschiedener Geheimdienste.

Seit seinem Beitritt spielte Kovács bei der Finanzierung der Partei immer eine beträchtliche Rolle. Als einer der Hauptspatoren in den frühen Jahren steckte er mehrere Millionen Forint in die Partei, zu einer Zeit, als deren jährliches Budget sich zwischen gerade einmal 0,65 und 3 Millionen Forint (ca. 2.100 bis 9.700 Euro) bewegte.⁴⁶ Dies fiel genau mit den Jahren zusammen – 2005 bis 2008 –, als Jobbik versäumte, dem Rechnungshof saubere Jahresabschlüsse vorzulegen, eine Verletzung des Gesetzes zur Parteienfinanzierung. Trotz einer anberaumten Untersuchung gegen Jobbik im März 2010 kamen Staatsanwalt wie Rechnungshof zum Ergebnis, dass kein absichtliches Fehlverhalten vorgelegen habe. Obwohl einige Buchungs- und Bescheinigungssfehler gemacht wurden, verschleierten die Abschlüsse angeblich nicht die finanziellen Positionen

und Aktivitäten der Partei.⁴⁷ Im Gegensatz zu diesem Urteil stellte eine Studie von Transparency International fest, dass Jobbiks Erklärungen zu seinen Wahlkampfausgaben für die Jahre 2009 und 2010 nicht ausreichten, gemessen an seinen angegebenen, viel zu geringen Einnahmen.⁴⁸ Letztendlich wurden weder verheimlichte und illegale Parteifinanzierung noch die wahrscheinlich russische Herkunft der Gelder ernsthaft untersucht.

Des Weiteren ist Kovács' Einfluss auf die außenpolitische Linie von Jobbik nicht zu unterschätzen. Er organisierte den ersten Besuch des Parteivorsitzenden Gábor Vona in Moskau und begleitete ihn regelmäßig auf seinen Reisen. Vona und Kovács sind in den letzten Jahren wichtige Partner geworden, etwa daran abzulesen, dass Vona die von Kovács vorgegebene außenpolitische Richtung übernahm und ihr eine strategische Qualität beimaß. Es ist gut möglich, dass Vona, der starke Mann der Partei, anfangs nur auf der Suche nach ausländischen Partnern war, um die internationale Isolierung der Partei zu lockern. Putins Eurasische Doktrin, ergänzt um traditionelle soziale Werte, die Bewunderung nationaler Souveränität, eine starke Führung und natürlich den gemeinsamen Feind, den durch USA und EU verkörperten „dekadenten“ westlichen Liberalismus, führten dazu, dass Jobbiks Ad-hoc-Partnerschaft mit Russland einen strategischen Rang erhielt. In der gegenwärtigen Lage hält die Jobbik-Führungs Ebene Russland als repräsentatives Gegenmodell zum westlichen Liberalismus hoch. Wie authentisch diese Position ist, bleibt unklar. Denn gleichzeitig startete Jobbik 2014/2015 eine Charmeoffensive, angeführt von Márton Gyöngyösi, der anderen führenden außenpolitischen Figur der Partei, um verstärkt Beziehungen in der EU wie im transatlantischen Raum zu knüpfen. Gyöngyösi ist Mitglied des ungarischen Parlaments, Absolvent des Trinity College Dublin und blickt auf eine Karriere bei KPMG und Ernst & Young zurück. Einige sehen in ihm den künftigen ungarischen Außenminister.⁴⁹

Trotz dieser behutsamen Charmeoffensive in Richtung Westen bleibt Russland definitiv ein strategischer Partner Jobbiks in außenpolitischen Angelegenheiten, speziell in der Ukrainekrise. Kovács besuchte als europäischer Abgeordneter die Krim im März 2015 während des Krim-Referendums.⁵⁰ Als Reaktion darauf erhielt er für drei Jahre ein Einreiseverbot in die Ukraine.⁵¹ Márton Gyöngyösi, auch Vize-Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im ungarischen Parlament, diente als Wahlbeobachter in den separatistischen Regionen Donezk und Luhansk im November 2014.⁵² Er wurde wie Kovács mit einem Einreiseverbot belegt.⁵³

Wenig überraschend ging Gábor Vonas erste Reise nach den Parlamentswahlen 2014 nach Russland. Bezeichneten

derweile bat die Jobbik-Delegation um russische Unterstützung für die Autonomiebestrebungen der ungarischen und ruthenischen Minderheit in Transkarpathien.⁵⁴ Wie selbstverständlich verurteilte man im Gegenzug die Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte im Donbass als „ethnische Säuberung“ und drückte Sorge über mögliche ähnliche „Gräueltaten“ in Transkarpathien aus.⁵⁵

Russische Medienpropaganda in Ungarn

Die russische Medienpropaganda in Ungarn unterscheidet sich von den üblichen europaweiten Medienprogrammen wie RT und Sputnik dadurch, dass sie hauptsächlich auf rechtslastige Medienkanäle ausgerichtet ist.⁵⁶ Das begrenzt das Publikum auf die rechte Szene und die Kernanhänger von Jobbik. Die Medienkanäle, die am meisten von russischer Propaganda beeinflusst sind, fallen in drei Kategorien. Die erste Gruppe bilden Jobbiks offizielle und halb-offizielle Medienplattformen, etwa Kuruc.info und die Nachrichtenagentur Alfahír.⁵⁷ Sie haben ihre eigenen Redaktionen, beziehen aber bei bestimmten Themen viele Quellen aus russischen Medien und Nachrichtenagenturen ein, stets im Einklang mit der Parteilinie. Themen, die russisches Nachrichtenmaterial beinhalten, sind keine Seltenheit, von der Ukrainekrise bis zu Syrien, vom Niedergang der EU bis zu bilateralen Beziehungen zu Russland.

Die zweite Gruppe besteht aus scheinbar unabhängigen rechtsgerichteten Webseiten wie Hídfő.net, die eine direkte russische Beteiligung in der Nachrichtenredaktion haben.⁵⁸ Die dort veröffentlichten Nachrichten und Artikel richten sich oft nicht primär an ein ungarisches Publikum. Sie beziehen sich häufig auf ausländische Quellen und erwecken den Eindruck, Übersetzungen russischer Texte zu sein. In Anbetracht seines professionellen Layouts, des russischen Servers und der russischen URL lässt sich Hídfő.net leicht als russische Maßnahme verstehen, um Artikel für ein rechtsgerichtetes ungarisches Publikum und andere Portale dieser Couleur anzubieten. Die geringe Anzahl von täglichen Besuchern (6 600) und Seitenaufrufen (33 000) lässt einen den Erfolg dieser Maßnahme allerdings bezweifeln.⁵⁹

Die dritte Gruppe besteht aus ungarischsprachigen sozialen Medien, die russische Propaganda wiedergeben. Auf Facebook sind diese Seiten „Kiállunk Oroszország mellett!“ („Wir unterstützen Russland aus Ungarn!“) (7 000 Gefällt mir-Angaben), die Seite von Hídfő.net (mit ungefähr 8 000 Gefällt mir-Angaben) und „South Front Hu“, eine Seite, die Nachrichten über die Ukrainekrise bringt und ein etwas größeres Publikum anspricht (13 000 Gefällt mir-Angaben), weil sie mit ihrem Inhalt vor allem auf die militärische Subkultur abzielt.⁶⁰

Wenn man die freundlichen ungarisch-russischen Beziehungen in Betracht zieht, mag es auf den ersten Blick verblüffen, dass Sputnik News keinen Service in ungarischer Sprache anbietet, obwohl es in Polen, der Tschechischen Republik und Serbien in der jeweiligen Landessprache vertreten ist. Doch Moskau ist sich offensichtlich bewusst, dass sein Einfluss in Ungarn durch politische und geheimdienstliche Netzwerke, Korruptionsnetzwerke und die ideologische Nähe zu Fidesz und Jobbik ausreichend abgedeckt ist; so muss Russland gar nicht in eigene ungarischsprachige Medienkanäle investieren. Seine Einflussmaßnahmen sind auf die ungarische Elite zugeschnitten, die für eine russlandfreundliche Politik sorgt.

Selbst wenn Russlands Propagandamaschine wenig für eine direkte Beeinflussung der ungarischen Gesellschaft tut, die Deutungsmacht der zentralisierten ungarischen öffentlichen Medien darf nicht unterschätzt werden. Besonders bei Themen von hoher politischer Relevanz – etwa die Paks-Kernkraftanlage oder der ideologische Kampf um eine größere Unabhängigkeit von Brüssel und Washington – geben sie entweder russlandfreundliche Meldungen wieder oder benutzen sogar dieselben Argumente wie die russische Propaganda. Trotzdem gehören sie nicht zu den russischen Propagandanetzwerken, ihr Verhalten spiegelt eher die Vorgehensweise der ungarischen Parteipolitik und der Regierungspartei. Daran kann man abermals gut erkennen, dass Fidesz und Jobbik – als die Haupttreiber des russischen Einflusses in Ungarn – nicht reine Handlanger ihrer russischen Freunde sind; sie verfolgen immer noch hauptsächlich ihre eigenen Interessen.

Schlussfolgerungen

Die russische Einflussnahme in Ungarn weist besondere Charakteristika auf. Die pro-russische Haltung sowohl der regierenden Partei Fidesz als auch ihres größten Kontrahenten, der rechtsextremen Jobbik, teilen weder die Mehrheit der Bevölkerung noch die eigenen Parteianhänger. Daher muss diese politische Richtungsentscheidung als ein Elitenprojekt angesehen werden. Beide Parteien zeigen eine klare ideologische Nähe zum autoritären Werteverständnis des Kremls, doch ihre Gründe dafür sind unterschiedlich gelagert. Fidesz ist durchdrungen von Geschäftsinteressen, die in Zusammenhang mit Russland stehen und zuvor der korrupten Netzwerken im Staatsapparat betrieben werden. Diese Interessen verbinden die politisch mächtigen Oligarchen der beiden Länder. Für Jobbiks Haltung gilt wiederum, dass die schon frühe finanzielle Unterstützung und die geheimdienstliche Unterwanderung der Partei durch Russland die Parteilinie entscheidend pro-russisch beeinflusst haben. Erst

später legte die Parteiführung dies als offizielle Parteilinie fest. Fidesz ist für Russland ein pragmatischer und freundlicher Partner. Das erlaubt der Partei, bei wirtschaftlichen Transaktionen mit Moskau zu profitieren, im Austausch für kleine politische Dienste und eine allgemeine Destabilisierung der EU. Jobbik dagegen stellt für Russland eine weitaus langfristigere strategische Investition dar, die den Kreml wenig kostet, aber bei einer Machtbeteiligung Jobbiks einen enormen politischen Profit bedeuten würde.

Trotz beider engen Beziehungen zu Russland verfolgen die Parteien ihre eigenen Interessen und sollten nicht ausschließlich als untergeordnete Partner gesehen

werden. Da dieses Modell der Einflussnahme auf die politischen Eliten sehr gut zu funktionieren scheint, muss sich der Kreml um die ungarische Öffentlichkeit nur wenig bemühen. Nicht zuletzt tragen diese russisch-ungarischen Verbindungen zur wachsenden strategischen Unberechenbarkeit der ungarischen Politik auf EU- und NATO-Ebene bei – eine Politik im Sinne Moskaus, deren Wert nicht unterschätzt werden sollte.

Dániel Hegedűs ist Programmmitarbeiter am Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Die Wiederkehr von Transkarpathien? Ungarischer nationaler Radikalismus in Transkarpathien [Ungarisch], [Atlatzso.hu](http://atlatzso.hu/2015/03/25/karpatalja-visszater-magyarl-nemzeti-radikalizmus-karpataljan-i/), 25.3.2015, <<http://atlatzso.hu/2015/03/25/karpatalja-visszater-magyarl-nemzeti-radikalizmus-karpataljan-i/>> (abgerufen am 10.12.2015); dazu auch die Studie von Attila Juhász et al., „I am Eurasian“: The Kremlin Connections to the Hungarian Far-Right, in: Political Capital, März 2015, <http://www.politicalcapital.hu/wp-content/uploads/PC_SD1_Boll_study_IamEurasian.pdf> (abgerufen am 10.12.2015).
- 2 Die Quelle für diese und alle folgenden zitierten Handelsstatistiken ist die Eurostat-Datenbank, EU Trade since 1995 by HS6 (DS-016893), <<http://ec.europa.eu/eurostat/web/international-trade/data/database>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 3 Hungary's Foreign Policy after the Hungarian Presidency of the Council of the European Union, Ungarisches Außenministerium, 2011, <http://eu.kormany.hu/admin/download/f/1b/30000/foreign_policy_20111219.pdf> (abgerufen am 25.8.2015).
- 4 Eurostat-Datenbank, EU Trade Since 1995 by HS6 (DS-016893), a.a.O. (Anm. 2).
- 5 Juhász et al., „I am Eurasian“, a.a.O. (Anm. 1).
- 6 South Stream war ein Erdgaspipelineprojekt der Russischen Föderation und ein Konkurrenzprojekt zu der von der EU unterstützten Nabucco-Pipeline. South Stream war darauf ausgelegt, Erdgas von Russland nach Österreich durch das Schwarze Meer, Bulgarien, Serbien und Ungarn unter Umgehung der Ukraine zu liefern. Das Projekt wurde im Dezember 2014 aufgegeben.
- 7 Die Tesla-Pipeline ist eine Unterpipeline des Turkish-Stream-Projekts, die Erdgas von der Türkei nach Österreich durch Griechenland, Mazedonien, Serbien und Ungarn liefern soll. Vgl. dazu Greece, Serbia, Hungary, FYROM to sign memorandum on the construction of the pipeline, which should connect the Turkish Stream pipeline with Austria, in: NewEurope, 20.8.2015, <<http://neurope.eu/article/russia-pushes-tesla-pipeline-through-balkans/>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 8 East Ring ist ein Erdgaspipelining, der die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien verbindet. Vgl. dazu o. A., Greece and Hungary Sign up to Russia Gas Pipeline, in: euobserver, 8.4.2015, <<https://euobserver.com/energy/128261>>, und Tomasz Daborowski, Drafting New Gas Projects in Central and South-eastern Europe, in: OSW, 22.4.2015, <<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2015-04-22/drafting-new->> (abgerufen am 10.12.2015).
- 9 Viktor Orbáns Antrittsrede nach seiner Vereidigung als Premierminister am 10.5.2015, <http://www.miniszterelnok.hu/beszed/orban_viktor_beszed_a_miniszterelnoki_eskutetelet Koveten> (abgerufen am 10.12.2015).
- 10 Einerseits muss man den verschiedenen Minderheiten (Ungarn, Ruthenen) in Transkarpathien einen legitimen Anspruch auf einen territorialen Autonomiestatus zugestehen. Die 1991 nach einer regionalen Volksabstimmung ausgerufene territoriale Autonomie wurde von den ukrainischen Zentralbehörden weder akzeptiert noch jemals umgesetzt. Ohne die politisch schädlichen Aussagen Orbáns zu relativieren, unterstreicht dieser Fall, wie die russische Aggression in der Ostukraine die russischsprachige Minderheit instrumentalisiert und damit Minderheitenrechte in Europa unterläuft, eine Entwicklung, die es in dieser Form und Intensität auf dem europäischen Kontinent seit der ersten Dekade nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Andererseits enthält der Originaltext von Orbáns Rede Wörter wie „Kollektivrechte“ und „Selbstverwaltung“ und ist so geschrieben, dass man ihn zwar als Verweis auf territoriale Autonomie lesen kann, aber auch andere Auslegungen möglich sind (z. B. selbstregierende Organe basierend auf dem Prinzip der Personalautonomie, wie Minderheitenselbstregierungen in Ungarn oder die Nationalräte in Serbien.)
- 11 O. A., Retreat or Another „Peacock Dance“ by Viktor Orbán?, Hungarian Spectrum, 9.9.2014, <<http://hungarianspectrum.org/2014/09/09/retreat-or-another-peacock-dance-by-viktor-orban/>> (abgerufen am 10.12.2015); Dániel Hegedűs, From Front-runners „EUphoria“ to Backmarker's „Pragmatic Adhocism“: Hungary's Ten Years within the EU in a Visegrad Comparison?, DGAPanalyse 7 (Mai 2014), <<https://dgap.org/en/article/getFullPDF/25438>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 12 Ungarn exportiert Erdgas in die Ukraine mit voller Kraft [Ungarisch], HVG, 16.3.2015, <http://hvg.hu/gazdasag/20150316_Gozero-vel_exportaljuk_a_gazt_Ukrajnaba> (abgerufen am 25.8.2015).
- 13 Vgl. Full Text of Viktor Orbán's Speech at Baile Tusnád (Tusnádfürdő) of July 26, 2014, The Budapest Beacon, 29.7.2014 <<http://budapestbeacon.com/public-policy/full-text-of-viktor-orbans-speech-at-baile-tusnád-tusnádfurdo-of-26-july-2014/10592>> (abgerufen am 10.12.2015); o. A.,
- 14 A., EU „Shot Itself in Foot“ with Russia Sanctions, Hungarian Prime Minister says, in: The Moscow Times, 15.8.2014, <<http://www.themoscowtimes.com/article/505161.html>>; o. A., Strategic Rift: Hungary PM Criticizes EU Partners Trying to Isolate Moscow, Russia Today, 19.2.2015, <<http://www.rt.com/news/233631-hungary-criticizes-eu-russia/>> (beide abgerufen am 10.12.2015).
- 15 Full Text of Viktor Orbán's Speech at Baile Tusnád (Tusnádfürdő) of July 26, 2014, 29.7.2014, a.o. (Anm. 13).
- 16 Péter Magyari, Die Mehrheit der Ungarn will die USA, nicht Russland [Ungarisch], 444. hu, 7.1.2015, <<http://444.hu/2015/01/07/a-magyarak-tobbsege-amerikat-valasztana-es-nem-orozorszagot/>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 17 Internationale Atomenergiebehörde, Nuclear Share of Electricity Generation in 2014: Power Reactor Information System, <<https://www.iaea.org/PRIS/WorldStatistics/NuclearShareofElectricityGeneration.aspx>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 18 Die Stimmverteilung im Parlament war 330 Ja-, 6 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen. Internationale Atomenergiebehörde, Country Nuclear Power Profiles: Hungary, <<https://cnpp.iaea.org/countryprofiles/Hungary/Hungary.htm>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 19 Gesetz Nr. 2/2014, <<http://www.complex.hu/kzld/t1400002.htm/t1400002.htm>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 20 Vgl. o. A., Elf Argumente gegen den Paks-Deal“ [Ungarisch], in: Energiaklub, 3.2.2014, <<http://energiaklub.hu/hir/11-erv-ami-miatt-a-paksi-paktumot-nem-szabad-elfogadni>> (abgerufen am 10.12.2015); o. A., Die Haushaltskonsequenzen der Paks II-Investition“ [Ungarisch], in: Energiaklub, 16.9.2014, <<http://energiaklub.hu/publikacio/a-paks-ii-beruhazas-koltsegvetes-politikai-kovetkezmenyei>> (abgerufen am 10.12.2015); o. A., Greenpeace-Analyse der Studie zu den Umweltauswirkungen von Paks II“ [Ungarisch], Greenpeace Hungary, 5.8.2015, <<http://www.greenpeace.org/hungary/hu/hirek/publikacio/A-Greenpeace-ertekeles-Paks-II-konyezeti-hastanulmanyarol/>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 21 O. A., Korruptionsrisiken der Paks-Investition [Ungarisch], in: Energiaklub, 28.10.2014, <<http://energiaklub.hu/hir/a-paksi-beruhazas-korrupcios-kockazatai>> (abgerufen am 10.12.2015).
- 22 O. A., Brussels Blocks Hungary's Nuclear Deal with Russia, in: Euractiv, 13.3.2015, <<http://www.euractiv.com/sections/energy/brussels-blocks-hungarys-nuclear-deal-with-russia/>> (abgerufen am 10.12.2015).

blocks-hungarys-nuclear-deal-russia-312874> (abgerufen am 10.12.2015).

22 O. A., Euratom approves Paks II Fuel Supply Contract, in: World Nuclear News, 21.4.2015, <<http://www.world-nuclear-news.org/UF-Euratom-approves-Paks-II-fuel-supply-contract-21041501.html>> (abgerufen am 10.12.2015).

23 O. A., The European Commission Investigating Paks 2 for Restricted State Subsidies, The Budapest Beacon, 2.7.2015, <<http://budapestbeacon.com/public-policy/european-commission-investigating-paks-2-for-restricted-state-subsidies/24901>> (abgerufen am 10.12.2015).

24 O. A., European Commission Calls Hungary to Halt Procurements for Paks Nuclear Expansion, in: Nuclear News, 17.11.2015, <<http://nuclear-news.net/2015/11/18/european-commission-calls-on-hungary-to-halt-procurements-for-paks-nuclear-expansion/>>; Europäische Kommission, November Infringement Package: key decision, 19.11.2015, <http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-6006_mt.htm> (abgerufen am 10.12.2015).

25 Orbán: Der Paks-Deal ist im fundamentalen Interesse Ungarns [Ungarisch], Inforadio.hu, 20.11.2015, <<http://inforadio.hu/okosradio/belfold/orban-viktor-magyarorszag-elemeerdeke-a-paksi-bovitess-776113>> (abgerufen am 10.12.2015).

26 Péter Magyari, The MET Introduces: Ilya Trubnikov, Co-owner, 444.hu, 28.1.2015, <<http://444.hu/2015/01/28/a-met-bemutatja-ilya-trubnikovtarstulajdonos/>> (abgerufen am 10.12.2015).

27 Márk Herczeg, Schweizer Zeitungen schreiben über den mysteriösen Botschafter und seine Freundschaft zu Viktor Orbán [Ungarisch], 444.hu, 2.4.2015 <<http://444.hu/2015/04/02/a-svaci-lapok-is-az-orbannal-jo-viszonyt-apolo-titokzatos-berni-nagykovetrol-irnak>> (abgerufen am 10.12.2015).

28 Péter Magyari, Das derzeit lukrativste Geschäft in Ungarn [Ungarisch], 444.hu, 14.1.2015, <<http://tldr.444.hu/2015/01/14/a-legtobb-penzt-most-igy-lehet-csinalni-magyarorszagon/>> (abgerufen am 10.12.2015).

29 Tenczer Gábor, Ein eigenartiger russischer Triumph in der öffentlichen Ausschreibung um die U-Bahnerneuerung [Ungarisch], Index.hu, 10.7.2015, <http://index.hu/belfold/budapest/2015/07/10/furcasagok_a_bkv_metrotenderen/> (abgerufen am 10.12.2015). Es sollte erwähnt werden, dass Metrovagonmash der Nachfolger der sowjetischen Mytishchi Maschinenfabrik (Mytishchinskiy Mashinostroitelnyi Zavod) ist, die die genannte Untergrundlinie und Waggons gebaut hatte.

30 Tenczer Gábor, U-Bahn-Ausschreibung: Die Esten wenden sich an die Europäische Union [Ungarisch], Index.hu, 16.7.2015 <http://index.hu/belfold/budapest/2015/07/16/metrotender_az_esztek_az_uniohöz_fordultak/> (abgerufen am 10.12.2015).

31 Panyi Szabolcs, Viktor Orbán hat verstanden: Ungarn wurde isoliert [Ungarisch], Index.hu, 23.2.2015, <http://index.hu/belfold/2015/02/23/orban_megertette_az_orozsborat_magyarorszag_elszigetelodott/> (abgerufen am 10.12.2015).

32 O. A., Russia May Consider Lifting Food Ban from Greece, Hungary, Cyprus, in: Reuters, 7.4.2015, <<http://www.reuters.com/article/2015/04/07/us-russia-crisis-food-idUSKBN-0MY1RE20150407>> (abgerufen am 10.12.2015).

33 András Rácz, Moskau vertraut weder Tränen noch der östlichen Öffnung [Ungarisch], in: Political Capital Blog, 4.3.2015, <<http://pcblog.atlatszo.hu/2015/03/04/moszkva-nem-hisz-a-konneknek-es-a-keleti-nyitasnak-sem/>> (abgerufen am 10.12.2015).

34 Juhász et al., „I am Eurasian“, a.a.O. (Anm. 1).

35 Gemäß einer im Juni 2015 durchgeföhrten Umfrage würden heute nur 35 % der Jobbik-Wähler für einen EU-Beitritt stimmen. o. A., Ungarn würde auch heute der EU beitreten – abgesehen von den Jobbik-Wählern, [Ungarisch], in: Publicus Research, 21.6.2015 <http://www.publicus.hu/blog/ma_ujra_belepenek_az_eu-ba_kiveve_a_jobbik_szavazok/> (abgerufen am 10.12.2015).

36 Juhász et al., „I am Eurasian“, a.a.O. (Anm. 1).

37 Ebd.

38 Alliance of European National Movements, <<http://aemn.info/en/>> (abgerufen am 10.12.2015).

39 O. A., Russischer Spion in den Reihen von Jobbik? [Ungarisch], in: Magyar Nemzet, 15.5.2014, <http://mno.hu/magyar_nemzet_belfoldi_hirei/orosz-ugynok-a-jobbikban-1226600> (abgerufen am 10.12.2015).

40 Juhász et al., „I am Eurasian“, a.a.O. (Anm. 1).

41 András Desző, A Glorious Match Made in Russia, Index.hu, 28.9.2014, <http://index.hu/belfold/2014/09/28/a_glorious_match_made_in_russia/> (abgerufen am 10.12.2015).

42 O. A., Im Fall Béla Kovács könnten nur vollen-de Tatsachen als Beweise gelten [Ungarisch] (Interview mit László Földi, dem ehemaligen leitenden Direktor des Auslandsgeheimdiensts), in: Lánchíd Rádió, 3.4.2015, <<http://lanchidradio.hu/lanchidradio/belfold/kovacs-bela-ugyeben-a-tettemeres-lenne-bizonyitek-1280217>> (abgerufen am 10.12.2015).

43 O. A., Parliament Lifts Hungarian MEP's Immunity over Russia Spy Probe, in: Euractiv.com, 15.10.2015, <<http://www.euractiv.com/sections/europeas-east/parliament-lifts-hungarian-meps-immunity-over-russia-spy-probe-318523>> (abgerufen am 10.12.2015).

44 András Desző, Das große Geheimnis von Béla Kovács [Ungarisch], Index.hu, 17.4.2015, <http://index.hu/belfold/2015/04/17/a_nagy_kovacs_bela-rejtely/> (abgerufen am 10.12.2015).

45 Ebd.

46 Juhász et al., „I am Eurasian“, a.a.O. (Anm. 1).

47 Ebd.

48 O. A., Korruptionsrisiken in Ungarn 2011 [Ungarisch], in: Transparency International, 2011, <http://transparency.hu/uploads/docs/Korrupcios_kockazatok_final.pdf> (abgerufen am 10.12.2015).

49 Dalibor Rohac, Hungary's Hard-right Turn, in: Politico.eu, 27.7.2015, <<http://www.politico.eu/article/hungarys-rising-right-wing/>> (abgerufen am 10.12.2015).

50 O. A., Jobbik-MEP: Das Plebisit auf der Krim ist im Einklang mit internationalem Recht [Ungarisch], in: Jobbik.hu, 17.3.2014, <<http://jobbik.hu/hireink/nem-sert-nemzetkozi-jogot-krimi-szavazas-jobbikos-ep-kepviselo-szerint>> (abgerufen am 10.12.2015).

51 O. A., Jobbiks MEP Béla Kovács von der Krim verbannt [Ungarisch], in: hvg.hu, 29.8.2014, <http://hvg.hu/vilag/20140829_Kitiltottak_a_jobbikos_Kovacs_Belat_a_Kr> (abgerufen am 10.12.2015) und <<http://www.pravda.com.ua/rus/articles/2015/09/17/7081600/?attempt=3>> (abgerufen am 10.12.2015).

52 O. A., Jobbiks MP Gyöngyösi als Wahlbeobachter in der Ostukraine [Ungarisch], in: Mandiner.hu, 3.11.2014, <http://mandiner.hu/cikk/20141103_a_jobbikos_gyongyosi_megfigye-lokent_vett_reszt_a_kelet_ukrajnai_valasztason> (abgerufen am 10.12.2015).

53 András Desző, Márton Gyöngyösi aus der Ukraine verbannt [Ungarisch], Index.hu, 3.11.2014, <http://index.hu/kulfold/2014/11/03/gyongyosi_martont_is_kitiltjak_ukrajnabol/> (abgerufen am 10.12.2015).

54 Die Delegation bestand aus Gábor Vona, Márton Gyöngyösi und Béla Kovács.

55 Juhász et al., „I am Eurasian“, a.a.O. (Anm. 1).

56 Für eine differenzierte Analyse der russischen Propaganda in Ungarn, vgl. Juhász et al., „I am Eurasian“, a.a.O. (Anm. 1) und o. A., Russischer Kommunikationskrieg jenseits der Ukraine [Ungarisch], in: Political Radical, 6.6.2014, <<http://politicalradical.cafeblog.hu/2014/06/06/az-orosz-kommunikacios-hadviseles-ukrajnan-tul/>> (abgerufen am 10.12.2015).

57 Die Webseite Kuruc.info <<https://kuruc.info>> hat täglich ungefähr 39 500 Besucher und 237 000 Seitenabrufe, <<https://siteinfo.statvoo.com/www/kuruc.info>> (abgerufen am 10.12.2015). Die Webseite Alfahir.hu hat täglich ungefähr 22 700 Besucher und 126 000 Seitenabrufe, <<https://siteinfo.statvoo.com/www/alfahir.hu>> (abgerufen am 10.12.2015).

58 Juhász et al., „I am Eurasian“, a.a.O. (Anm. 1)

59 Vgl. <<https://siteinfo.statvoo.com/www/hidforu.ru>> (abgerufen am 10.12.2015).

60 Die entsprechenden Seiten sind zu finden unter <<https://www.facebook.com/kiallunk.oroszorszag.mellett?fref=ts>>, <<https://www.facebook.com/hidforu.net?fref=ts>>, <<https://www.facebook.com/SouthFrontHu?fref=ts>> (alle abgerufen am 10.12.2015).